



Nr. 22

9. Juni 2022

Friedrichstraße 169
D-10117 Berlin

Verantwortlicher Redakteur
Michael Eufinger

Telefon 030.40 81-55 70
Telefax 030.40 81-55 99
presse@dbb.de
www.dbb.de

Inhalt

Gewerkschaftstag der vbba

[Bundesagentur für Arbeit: Beschäftigte im Dauerstress](#)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Saarland

[Antrittsbesuch bei Finanzminister von Weizsäcker \(SPD\)](#)
[Saarländischer Dialog fortgeführt](#)

Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG)

[Verfassungsschutzbericht: Extremismus fordert den Staat auf allen Ebenen](#)

Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft (BDZ)

[Bundeshaushalt 2022: Weiter Stärkung des Zolls begrüßt](#)

Deutscher Philologenverband (DPhV)

[Unterricht geflüchteter Kinder: Lehrkräften brauchen mehr Unterstützung](#)

Verband Bildung und Erziehung (VBE)

[Schulbarometer bestätigt: Belastung von Lehrkräften auf dramatischem Niveau](#)

Verband Deutscher Realschullehrer (VDR)

[Qualitative Ausbildung von Quer- und Seiteneinsteigern gefordert](#)

Gewerkschaft der Sozialversicherung (GdS)

[Wagner unterstreicht Bedeutung der Sozialwahlen](#)

[Namen und Nachrichten](#)

aktuell

Informationsdienst des dbb

Gewerkschaftstag der vbba Bundesagentur für Arbeit: Beschäftigte im Dauerstress

Seit Jahren arbeiten die Beschäftigten der Bundesagentur für Arbeit (BA) und der Jobcenter im Krisenmodus. Der dbb plädiert für eine neue Personalpolitik.

„Krieg, Flucht und Vertreibung, Pandemien, wirtschaftliche Verwerfungen: All diese Krisen erfordern einen starken Staat mit einer gut funktionierenden Verwaltung. Die Beschäftigten der BA und der Jobcenter leisten dafür einen großartigen Beitrag, beispielsweise mit der Integration von Geflüchteten in den Arbeitsmarkt oder der Auszahlung des Kurzarbeitergeldes. Dafür gebührt den Kolleginnen und Kollegen unser aller Dank“, sagte der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach beim Gewerkschaftstag der vbba - Gewerkschaft Arbeit und Soziales am 10. Juni 2022 in Fulda.

Neben den akuten Krisen erforderten aber auch die Vermittlung, Beratung, Qualifizierung und Grundsicherung von Menschen einen enormen Einsatz der Beschäftigten, betonte der dbb Chef. „Demografischer Wandel und Digitalisierung betreffen die BA und die Jobcenter gleich doppelt. Sie verändern nicht nur den Arbeitsmarkt und damit die Grundvoraussetzungen, unter denen die Kolleginnen und Kollegen überhaupt wirken können. Sondern sie sind natürlich auch wesentlich für das Personalmanagement der Institutionen selbst“, erklärte Silberbach. „Um auch zukünftig eine

qualitativ und quantitativ angemessene Personalausstattung zu sichern, müssen deshalb – wie überall im öffentlichen Dienst – neue Wege beschritten werden. Teil eines Maßnahmenpakets kann etwa die Einstellung von Beamtenanwärterinnen und -anwärtern sein. Auch die Diskussion über die längst überfällige Rückführung der Wochenarbeitszeit der Beamtinnen und Beamten im Bundesbereich ist unumgänglich.“

Notwendig seien darüber hinaus eine zeitgemäße Personal- und Organisationsmanagement, eine flexible Arbeitszeitgestaltung und den Ausbau des mobilen Arbeitens, eine neue Führungskultur, ein neues Verständnis von Fort- und Weiterbildung, eine angemessene Anerkennung und Entlohnung der Arbeit und nicht zuletzt, die Vielfalt der Gesellschaft abzubilden. Silberbach: „Mit dem Motto dieser Veranstaltung ‚Mit Vielfalt Zukunft gestalten‘ setzt die vbba als schlagkräftige Interessenvertretung der Beschäftigten hier erneut genau die richtigen Impulse. Auf diesem Weg werden wir als dbb unsere Fachgewerkschaft mit ihrem wiedergewählten Bundesvorsitzenden Waldeemar Dombrowski, dem meine Glückwünsche gelten, nach Kräften unterstützen.“

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Saarland

Antrittsbesuch bei Finanzminister von Weizsäcker (SPD) Saarländischer Dialog fortgeführt

Der dbb Landesvorsitzende Ewald Linn hat am 8. Juni 2022 im Gespräch mit dem neuen Finanzminister Jakob von Weizsäcker gefordert, die Sparpolitik auf Kosten der Beschäftigten im öffentlichen Dienst zu beenden. Dies gelte sowohl hinsichtlich der Personalausstattung als auch für die monetären und sozialen Beschäftigungsbedingungen.

Für den dbb saar habe die Sicherung der Zukunftsfähigkeit der öffentlichen Verwaltung des Landes sowie die Stabilisierung der Daseinsvorsorge absolute Priorität, erklärte Linn weiter. Daher dürften beispielsweise keine neuen Aufgaben ohne zusätzliches Personal zugewiesen werden.

Weitere Themen waren die Umsetzung der flächendeckenden Digitalisierung in den Verwaltungen und Schulen sowie ein „Masterplan“ für die Nachwuchsgewinnung in den nächsten Jahren. Zudem betonte Linn, dass die Beamtinnen und Beamten eine amtsangemessene Alimentation erhalten müssten, die der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) und nicht der Haushaltslage des Landes entspricht.

Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG)

Verfassungsschutzbericht: Extremismus fordert den Staat auf allen Ebenen

Der DPoIG Bundesvorsitzende Rainer Wendt zeigte sich angesichts des am 7. Juni 2022 vorgestellten Verfassungsschutzberichts zutiefst besorgt um die innere Sicherheit der Bundesrepublik.

„Die Bedrohungen für unseren freiheitlich, demokratischen Rechtsstaat – durch Links- und Rechtsextremismus, durch Corona-Leugner, durch Reichsbürger und Selbstverwalter, durch Antisemiten und islamistische Gefährder – war noch nie so breit gefächert. Der Staat und seine Sicherheitsbehörden sind auf allen Ebenen herausgefordert“, sagte Wendt.

Deutlich werde in dem Bericht, dass extremistische Tendenzen sich immer stärker der akuten Krisen bedienen. So hätten Rechtsextremisten die Corona-Pandemie genutzt, um neue Anhänger zu rekrutieren. Auch der Angriffskrieg, den Russland gegen die Ukraine führt, werde von Extremisten ausgenutzt. Viele Aktivitäten und Vernetzungen fänden online statt – verbunden mit Radikalisierung und Aufrufen zu Gewalttaten. Wendt: „Erschreckend ist, dass verstärkt junge Menschen für solche Radikalisierungen empfänglich sind und sich über

Chatgruppen schnell vernetzen, um verfassungsfeindliche Gedanken auszutauschen, die immer häufiger zu real ausgeübten Straftaten führen.“

Der DPoIG Chef forderte entsprechende politische Konsequenzen: „Wir brauchen unbedingt einen Ausbau der Analysefähigkeit der Sicherheitsbehörden sowie eine stärkere Vernetzung untereinander. Außerdem muss die gesetzliche Möglichkeit geschaffen werden, auf verschlüsselte Kommunikation und auf IP-Adressen zugreifen zu können, um möglichst früh drohende Gefahren zu erkennen. Die Polizei ist nicht der alleinige Bekämpfer von Extremismus in der Gesellschaft, aber sie ist ein notwendiger. Die Polizei bekämpft Extremismus auf allen Ebenen, deshalb ist es wenig hilfreich, die Polizei mit einer Rassismus-Debatte zu überziehen und sie mit Untersuchungen zu lähmen und zu verunsichern.“

Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft (BDZ)

Bundeshaushalt 2022: Weiter Stärkung des Zolls begrüßt

Der Bundeshaushalt sieht personelle Verstärkung für die Zollverwaltung vor. Der BDZ dankte Bundesfinanzminister Christian Lindner am 8. Juni 2022 dafür, dass dieser sich gegenüber dem Bundestag auch in finanzpolitisch angespannten Zeiten für Investitionen beim Zoll einsetzt.

„Die Investitionen in Personal, Digitalisierung und sachliche Ausstattung sind mehr als folgerichtig“, betonte der BDZ Bundesvorsitzende Dieter Dewes. Angesichts hoher Staatsdefizite sei es erforderlich, den Zoll und damit auch die Bundesfinanzverwaltung zu stärken, um Schmuggel und Steuerhinterziehung weiter einzudämmen. So ließen sich schließlich ohne Steuererhöhungen zusätzliche Einnahmen generieren.

Die zusätzlichen Stellen dürften jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass in vielen Bereichen der Zollverwaltung weiterhin personelle Defizite bestehen, die einer ordnungsgemäßen Aufgabenerledigung entgegenstehen, erklärte Dewes. Für den Zollfahndungsdienst sei bei-

spielsweise ein deutlich erhöhtes Arbeitsaufkommen zu beobachten, das auf die technische Entwicklung in der Informations- und der Kommunikationstechnik zurückzuführen ist. Die zunehmende Digitalisierung erfordere den Einsatz verschiedenster forensischer Software, der wiederum eine fortlaufende Pflege sowie sehr zeitintensive Schulungen des betroffenen Personals notwendig machen würden.

Der BDZ erkenne zwar grundsätzlich die Zwänge der aktuellen Haushaltslage an. Eine höhere Kontrolldichte mit gut ausgebildetem Personal sei aber kein Selbstzweck, sondern führe in aller Regel zu einem Rückgang krimineller Tatbestände und zu einer deutlichen Steigerung der Einnahmen.

Deutscher Philologenverband (DPhV)

Unterricht geflüchteter Kinder: Lehrkräften brauchen mehr Unterstützung

Mehr als 100.000 geflüchtete Schülerinnen und Schüler aus der Ukraine werden derzeit an deutschen Schulen unterrichtet. Die Kultusministerkonferenz (KMK) rechnete sogar für die Zukunft mit bis zu 400.000 Kindern und Jugendlichen. Doch dafür sind unsere Schulen noch nicht gut genug ausgestattet, kritisiert der DPhV.

Aus einer im April 2022 online durchgeführten Umfrage des DPhV unter mehr als 1.700 Lehrkräften an Gymnasien geht hervor: 88 Prozent der Teilnehmenden haben an ihren Schulen bisher keine Unterstützung durch zusätzlich eingestellte Lehrkräfte bekommen. 80 Prozent erklären, dass an ihren Schulen keine Vorbereitungsklassen für geflüchtete Schülerinnen und Schüler eingerichtet wurden. Nur 15 Prozent haben die Erfahrung gemacht, dass Kolleginnen und Kollegen, die zusätzliche Aufgaben für die geflüchteten Schülerinnen und Schüler übernehmen, entlastet wurden. 60 Prozent gaben zudem an, dass geflüchtete Schülerinnen und Schüler nicht ihren Fähigkeiten entsprechend den passenden Schularten zugewiesen werden.

„Wir brauchen mehr Unterstützungsmaßnahmen durch die Politik für die ukrainischen und

für die deutschen Lehrkräfte, um alle Schülerinnen und Schüler gut, bedarfsgerecht und passgenau beschulen zu können“, erklärt die PhV Bundesvorsitzende Susanne Lin-Klitzing. „Konkret brauchen wir für die geflüchteten ukrainischen Lehrkräfte mehr zusätzliche und qualifizierte Deutschkurse, damit sie uns in den Schulen besser unterstützen können. Sie müssen anschließend an zertifizierten Standards orientiert zumindest stundenweise unbürokratischer in unseren Schulen beschäftigt werden können. Die bereits beschäftigten deutschen Lehrkräfte brauchen angesichts der zusätzlichen Aufgaben mehr Entlastungsstunden und erst recht keine Streichung von vorgesehenen Ermäßigungen. In die Nachtragshaushalte der Länder müssen zudem umgehend bedarfsgerecht mehrere tausend Lehrerstellen eingestellt werden.“

Verband Bildung und Erziehung (VBE)

Schulbarometer bestätigt: Belastung von Lehrkräften auf dramatischem Niveau

Anlässlich des am 9. Juni 2022 veröffentlichten Deutschen Schulbarometers sagte VBE Chef Udo Beckmann: „Traurig und gleichermaßen leider wenig überraschend ist das, was die vorgelegten Ergebnisse offenbaren. Die dramatische Überlastung von Lehrkräften, psychisch und physisch, ist zu einem enormen Risiko geworden – für die Lehrkräfte selbst und für die Zukunft funktionierender Schulen insgesamt.“

Die Politik stehe ohne Wenn und Aber in der Pflicht, endlich lange Versäumtes aufzuarbeiten und umgehend alles Notwendige dafür zu tun, um die Pädagoginnen und Pädagogen in den Schulen zu schützen, die im Kontext von Corona-Pandemie, massivem Lehrkräftemangel, Integrationsaufgaben, und (verschleppter) Digitalisierung teils Unermessliches leisteten. „Nur so kann Schule, nur so können wir als Gesellschaft das schaffen, wozu wir verpflichtet sind, nämlich allen Kindern und Jugendlichen einen gerechten Zugang zu qualitativ hochwertiger Bildung und bestmöglicher Förderung ermöglichen“, erklärte der VBE Bundesvorsitzende.

Erst Anfang des Jahres hatten in einer im Auftrag des VBE durchgeführten repräsentativen

forsa-Umfrage die Hälfte von 1.300 Schulleitungen angegeben, dass es aufgrund der Überlastung in den letzten Jahren vermehrt zu langfristigen Ausfällen in ihrem Kollegium gekommen sei. Beckmann: „Das, was wir an Schule nicht erst seit gestern erleben, ist ein sich selbst verstärkender Teufelskreis. Personalmangel und immer neue Aufgaben führen zu zusätzlichen Belastungen bei den Lehrkräften, die im System sind. Höhere Krankenzustände sind zwangsläufig die Folge. Das erhöht wiederum die Arbeitsbelastung der verbleibenden Fachkräfte und gefährdet deren Gesundheit zusätzlich. Auf der anderen Seite brauchen Schülerinnen und Schüler gerade in diesen Zeiten, das machen auch die Ergebnisse des Schulbarometers mehr als deutlich,

gesunde, belastbare und durch die Bereitstellung der notwendigen Gelingensbedingungen gestärkte Lehrerinnen und Lehrer.“

Verband Deutscher Realschullehrer (VDR) **Qualitative Ausbildung von Quer- und Seiteneinsteigern gefordert**

Der Lehrkräftemangel in Deutschland darf nicht zu einem „Ausverkauf von Qualität in der Lehrerbildung führen“, forderte der VDR Bundesvorsitzende und dbb Vize Jürgen Böhm anlässlich einer Dialogveranstaltung der Kultusministerkonferenz (KMK) über den Umgang mit Quer- und Seiteneinsteigern in den Lehrberuf am 2. Juni 2022.

In manchen Regionen einzelner Bundesländer sei eine Aufrechterhaltung des Unterrichtsbetriebs ohne Quer- und Seiteneinsteiger nicht mehr möglich. Diese müssten intensiv begleitet und unterstützt werden, um die besonderen Herausforderungen bei der Erziehung der jungen Menschen und im Unterricht zu bewältigen, so der VDR Chef. Eine Einbeziehung von Quereinsteigern dürfe auch eine herkömmliche Lehrerausbildung mit den drei Stufen des Lehramtstudiums, des zweijährigen Referendariats und einer organisierten Weiter- und Fortbildung nicht aushöhlen oder untergraben.

Böhm: „An jeder Schule muss die hohe Unterrichtsqualität aufrechterhalten werden und garantiert werden. Konkret fordern wir als VDR: Schulen müssen bei der Integration von Quer- und Seiteneinsteigern mehr unterstützt werden. Schulen brauchen ausreichend zeitliche Ressourcen vor Ort. Seiteneinsteiger müssen berufsbegleitend qualifiziert werden, zum Beispiel über Mentoren-Programme. Die Hochschulen müssen systematisch in die Aus- und Weiterbildung eingebunden werden.“

Gewerkschaft der Sozialversicherung (GdS) **Wagner unterstreicht Bedeutung der Sozialwahlen**

Im Gespräch mit dem Bundeswahlbeauftragten für Sozialversicherungswahlen Peter Weiß hat der GdS-Bundesvorsitzende und dbb Vize Maik Wagner die Bedeutung der sozialen Selbstverwaltung betont.

„Wichtige Weichenstellungen der Krankenkassen, Unfall- und Rentenversicherungsträger werden von den ‚Parlamenten‘ der Sozialversicherungsträger – bestehend aus Versicherten- und Arbeitgebervertretern – vorgenommen. Dazu gehört zum Beispiel der Zusatzbeitrag oder auch die jeweiligen Satzungsleitungen der Krankenkassen“, erklärte der GdS Chef.

Die Planungen für die Sozialwahlen 2023 laufen derzeit auf Hochtouren. Für die Vorbereitung und Durchführung sind der Bundeswahlbeauftragte für die Sozialversicherungswahlen Peter Weiß und seine Stellvertreterin Doris Barnett verantwortlich.

Weiß sieht die Sozialwahlen als einen „Modernisierungstreiber“ der Wahlen in Deutschland. So soll es 2023 nicht nur erstmals bei einer derart großen Wahl in Deutschland die Möglichkeit der Stimmabgabe über das Internet geben. Bei den Sozialwahlen werden auch zum ersten Mal Quotenregeln gelten, die dafür sorgen sollen, dass mehr Frauen in die Gremien der sozialen Selbstverwaltung einziehen. Wagner: „Für uns als GdS, mit einer überwiegend weiblichen Mitgliedschaft, ist es eine Selbstverständlichkeit, dass wir mehr Frauen in der Selbstverwaltung sehen wollen. Das spiegelt sich auch in unseren Wahlvorschlägen wider.“

Namen und Nachrichten

In Schleswig-Holstein wurde das Besoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetz 2022 (BVAnpG 2022) veröffentlicht. Es sieht für die Beamtinnen und Beamten sowie Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger des Landes und der Kommunen Erhöhung der Besoldung und Versorgung vor: Zum 1. Juni 2022 um 0,6 Prozent und zum 1. Dezember

2022 um 2,8 Prozent. Mit der Anpassung zum 1. Dezember 2022 orientiert sich der Gesetzgeber des Landes Schleswig-Holstein an der Tarifeinigung der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) von November 2021 und geht sogar noch über diese hinaus. Die neue Besoldungstabelle, gültig zum 1. Juni 2022, steht auf dbb.de zum Abruf bereit.

Termine:

27. Juni 2022, Berlin

8. dbb forum ÖFFENTLICHER DIENST

„Europarechtliche Einflüsse auf das Beamtenrecht“

Mehr Infos unter <https://www.dbb.de/veranstaltungen/dbb-forum-oeffentlicher-dienst.html>
